

PI-Interview mit Hans-Olaf Henkel



Der ehemalige BDI-Vorsitzende Hans-Olaf Henkel (Foto) hat sich trotz seines gegenwärtigen Asienaufenthalts Zeit genommen, PI für ein Interview zur Verfügung zu stehen. Er nimmt darin Stellung zur Islamkritik, zu Themen wie Meinungsfreiheit und Menschenrechte sowie zum Antiamerikanismus in Deutschland. „Inzwischen sind die Amerikaner in Russland beliebter als bei uns“, so Henkel gegenüber PI.

Vor kurzem veröffentlichte der niederländische Politiker Geert Wilders seinen Film „Fitna“. Wie beurteilen Sie es, dass unsere Medien und Politiker den Film fast unisono negativ bewerten und Wilders, der schon über 40 mal Israel bereist hat und ein großer Freund der USA ist, als „islamfeindlichen rechtspopulistischen Hetzer“ diffamiert haben?

Ich kenne den Film nicht und kann mir deshalb kein Urteil über den Film selbst erlauben. Allerdings vermute ich, dass das auch für die meisten der Kritiker gilt.

Wie ist es Ihrer Ansicht nach mit der Meinungsfreiheit in Europa bestellt, wenn ein Film wie Fitna bereits nach einem Tag wieder vom britischen Videoportal-Anbieter Liveleak entfernt werden musste, weil deren Mitarbeiter Morddrohungen erhielten?

Schon der Karikaturenstreit hat gezeigt, dass Meinungsfreiheit in Europa oft weniger gilt als die „political correctness“. Wenn damals alle Zeitungen der zivilisierten Welt auf einen Schlag diese „dänischen Karikaturen“ nachgedruckt hätten, hätten zu Gewalt aufrufende Islamisten kaum diesen Widerhall finden können, man konnte ja schlecht alle Botschaften der freien Welt anzünden. Schon dieses Beispiel zeigte mir deutlich, dass Kuschen, Stillhalten, Beschwichtigen letzten Endes zu noch mehr Gewalt führt.

Wer heutzutage in Europa öffentlich die Menschenrechtsverletzungen, die im Namen des Islam begangen werden, thematisiert, lebt nicht nur gefährlich, sondern ist auch gesellschaftlich geächtet. Warum erfahren Menschen mit Mut und Zivilcourage, die diese Missstände kritisieren, so wenig Rückhalt innerhalb unserer Gesellschaft?

Weil die Religionsfreiheit als absolutes Gut gilt, auch wenn über die Religion, wie zweifellos beim Islam der Fall, menschenverachtende Ideologien transportiert werden. In unserem Lande kommt noch hinzu, dass die meisten Politiker, andere gesellschaftliche Vorbilder und leider auch viele Medienvertreter meinen, dass es moralisch höherwertig ist, Konflikte auszusitzen, anstatt sie auch im Widerspruch zu lösen.

Die Islamisierung Europas und die damit verbundene Einschränkung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit schreitet scheinbar unaufhaltsam voran. Wie sollte auf diese Entwicklung begegnet werden? Oder ist sie irreversibel?

Wir müssen bei jeder Gelegenheit klar machen, dass die

Globalisierung das Dreieck „Marktwirtschaft – Demokratie – Menschenrechte“ zum Wohle der Menschen befördert hat und dass dieses Dreieck jeder anderen Ideologie überlegen ist. Empirisch lässt sich das ohne Weiteres nachweisen: überall, wo man dieses Dreieck eingeführt hat, geht es den Menschen besser als dort, wo Staatswirtschaft herrscht, den Menschen die Demokratie vorenthalten und die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. In den meisten der ca. 55 islamischen Ländern gibt es aber weder Marktwirtschaft, Demokratie noch die Achtung der Menschenrechte, man denke nur an das Los der Frauen. Deshalb ist es wichtig, dass das türkische Experiment gelingt. Hier macht sich zum ersten Mal eine islamische Gesellschaft auf den Weg zu einem Dreieck bestehend aus Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechten.

Für die schlechte Integration muslimischer Migranten in Deutschland wird zumeist die autochthone Bevölkerung verantwortlich gemacht. Halten Sie in dem Zusammenhang die von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble initiierte Islamkonferenz für ein geeignetes Mittel, die Integration muslimischer Migranten zu verbessern? Welche Maßnahmen würden Sie, wenn Sie politische Verantwortung tragen würden, ergreifen?

Der Bundesinnenminister ist auf dem richtigen Weg, Staatsministerin Böhmer auch. Allerdings wundere ich mich über gewisse Dinge, wie den neuerlich von allen politisch Korrekten benutzten Begriff „Migranten“. Das sind doch eindeutig Ein- oder von mir aus, Zuwanderer, Migranten sind dagegen noch unterwegs. Schon in der Begriffswahl macht die Bundesregierung wieder einen Fehler. Im letzten Parteiprogramm der SPD steht nun endlich, dass „Deutschland ein Einwandererland geworden sei“ – just zu dem Zeitpunkt, wo das gar nicht mehr stimmt. Wir sind seit drei Jahren eindeutig ein Auswandererland geworden.

Im Zuge der Islamisierung Europas hat auch der Antiamerikanismus und die Israelfeindlichkeit beträchtlich

zugenommen. Stimmt Sie diese Entwicklung als „Transatlantiker“ nicht bedenklich?

Absolut! Wobei mich der allgemein um sich greifende Antiamerikanismus in Europa nicht so sehr aufregt, den kann man auch auf die unpopuläre Politik von George W. Bush zurückführen. Die Amerikaner sind ausgerechnet in Deutschland besonders unpopulär, und das kann ja wohl kaum an Bush liegen, denn der ist auch aus der Sicht anderer Europäer der amerikanische Präsident. Inzwischen sind die Amerikaner in Russland beliebter als bei uns! Eine über Jahre geführte bei uns besonders hoffähige Antiamerikapolitik ist dafür die Ursache. Wie oft musste ich mir von namhaften Politikern, Medienvertretern und sogar Wirtschaftsführern deren teilweise albernen Reflexe über die angeblich ja so schrecklichen „amerikanischen Verhältnisse“ anhören. Dazu kommt allerdings auch, dass der Antiamerikanismus in Ostdeutschland sehr weit verbreitet ist, kein Wunder, bei der Jahrzehnte langen Indoktrination.

In diesem Jahr wird in den USA gewählt. Die Deutschen wünschen sich mehrheitlich Barack Hussein Obama als Nachfolger von US-Präsident Bush. Warum sind republikanische Präsidenten bzw. republikanische Präsidentschaftsbewerber so unbeliebt bei den Deutschen?

In jeder Demokratie gibt es eine politische Strömung, die mehr die Selbstverantwortung und eine andere, die mehr die Gleichheit betont. In den USA stehen die Republikaner mehr für Eigenverantwortung, die Demokraten mehr für die Beseitigung von Ungerechtigkeit. In Deutschland haben wir praktisch nur noch Parteien, die für Gleichheit kämpfen, bei uns heißt das dann immer „soziale Gerechtigkeit“. Das ist seit dem nach der letzten Bundestagswahl einsetzenden Linksrutsch nun noch schlimmer geworden. Kein Wunder, dass die Deutschen sich auch bei der Beurteilung ausländischer Politiker so verhalten.

Im US-Wahlkampf spielen Blogs in der öffentlichen

Meinungsbildung eine überdurchschnittlich große Rolle. Wie beurteilen Sie die „Blogosphäre“ in Deutschland als Korrektiv zu den Mainstream-Medien?

Wir sind hier noch ein Entwicklungsland und das aus zwei Gründen: erstens sind wir in der Verbreitung von Internet, Blogs weit hinter den anderen meist angelsächsischen Ländern aber auch Skandinavien und Finnland hinterher, zweitens verursacht die bereits eben angesprochene „political correctness“ eine Art Beißhemmung in allen Bereichen der Gesellschaft. Die Ursachen liegen nach meiner Überzeugung in der immer noch nicht verarbeitenden Vergangenheit. Wir leiden immer noch unter der Erbsünde des Holocaust und meinen, wir müssten allen Konflikten von nun an aus dem Wege gehen. Schon gar nicht dürfen wir eine aktivere Rolle spielen, siehe Afghanistan, dort müssen dafür dann die Kanadier den Kopf hinhalten. Lieber zeigen wir, wie man in Deutschland das Klimaproblem für die ganze Welt löst, erwarten, dass alle anderen die ach ja so segensreiche deutsche Mitbestimmung auch einführen und ganz Europa die hohen deutschen Steuersätze und Sozialversicherungsbeiträge übernimmt. Im Grunde hat sich die deutsche Politik in den letzten hundert Jahren nicht verändert: am deutschen Wesen soll die Welt genesen.